



38. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungstermin: Donnerstag, 16.08.2012, 16:30 Uhr
Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str.
79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 31.05.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Berichte der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - Wiedervorlagen
 - 4.1 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013
11/SVV/0907
Oberbürgermeister,
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
neue Fassung vom 23.04.2012
 - 4.2 Hilfen zur Erziehung in der Landeshauptstadt Potsdam - Entwicklung der stationären Fallzahlen 2006-2011
12/SVV/0287
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- Wiedervorlage -
 - 4.3 Maßnahmen des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für das Kita-Jahr 2012/2013
12/SVV/0410
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 5 Sonstiges

Frau Ganna Razu
Herr David Driese

Jüd. Gemeinde
Humanistischer Verband
Deutschlands

entschuldigt
nicht entschuldigt

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger

Beigeordnete Soziales, Ju-
gend, Gesundheit

entschuldigt

Gäste:

Herr Lutz Küken

Independent Living – Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen in
Potsdam gGmbH

Herr Bodo Ströber

stellv. Ausschussmitglied

Frau Stephanie Pigorsch

Stadtjugendring

Herr Kay-Uwe Kärsten

Stadtjugendring

Frau Manuela Neels

Kinder- und Jugendbüro

Frau Katja Altenburg

Kinder- und Jugendbüro

Frau Katja Bobsin

Elterninitiative

Frau Bettina Stobbe

AG Kita

Frau Martina Spyra

Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.04.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Berichte der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Auswertung des Kinder-Forums vom 17. Januar 2012 durch das Kinder- und Jugendbüro
- 5 Auswertung der Ergebnisse der Jugendbefragung "Potsdam geht baden! Aber wo?" durch den Stadtjugendring
- 6 Hortsituation Grundschule "Gerhard Hauptmann" / Kita "Baumschule"
- 7 Schwerpunktplanung 2. Halbjahr 2012
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 8.1 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013
Vorlage: 11/SVV/0907
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
neue Fassung vom 23.04.2012
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Aufsuchende Sozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam (Streetwork)
Vorlage: 12/SVV/0288
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 10 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 11 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.04.2012

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Sigrid Müller.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.04.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Müller stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Abstimmung zur Niederschrift vom 26.04.2012

Frau Frehse-Sevran bittet um Korrektur im TOP 3, Seite 4. Es wird nicht nur die Sprecherin, sondern die gesamte AG nach § 78 SGB VIII neu gewählt.

Des Weiteren verweist sie auf ihre Frage zum TOP 4 (Seite 8), ob aus der Abfrage hervorgegangen ist, dass wenn an einer Stelle, z.B. in der Reinigung, Geld übrig bleibt, dies an anderer Stelle eingesetzt wird. Dies wurde von Herrn Schweers verneint, nicht bejaht und müssten dementsprechend korrigiert werden.

Herr Schweers bestätigt das so.

Frau Schulze verweist auf die Information von Herrn Otto zur AG Gender (Seite 6), dass dem Jugendhilfeausschuss das Zwischenergebnis vorgestellt werden soll. Sie fragt, ob es hierzu eine Terminfestlegung gibt.

Frau Dr. Müller verneint dies. Die Terminfestlegung sollte aber nachgeholt werden.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über die so korrigierte Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Abstimmung zur Tagesordnung:

Frau Dr. Müller gibt bekannt, dass die DS 11/SVV/0907 (Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013) zurückgestellt werden müsse, da die ausgereichten Unterlagen zwischenzeitlich nicht mehr aktuell sind. Es gibt einen Änderungsvorschlag aus dem Finanzausschuss, der aber noch nicht vorliegt. Sie schlägt vor, dass sich der Jugendhilfeausschuss nach der Sommerpause mit der Drucksache befasst.

Sie weist darauf hin, dass sich die Mitteilungsvorlage 12/SVV/0288 „Aufsuchende Sozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam (Streetwork)“ zu Tagesordnungspunkt 9.1 mit einer Klientel befasst, das altersmäßig nicht mehr in die Zuständig-

keit des JHA fällt. Die Drucksache sollte von der Tagesordnung genommen und die Nichtzuständigkeit festgestellt werden.

Frau Dr. Müller informiert, dass ihr ein Antrag auf Rederecht von Frau Bobsin als Vertreterin des Kita-Ausschusses der Kita „Baumschule“ zur Hortsituation Grundschule „Gerhard Hauptmann / Kita „Baumschule“ (TOP 6) vorliegt. Sie bittet um Abstimmung über den Antrag.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Somit wird dem Rederecht für Frau Bobsin zugestimmt.

Frau Dr. Müller schlägt vor, dass Herr Küken als Trägervertreter dann Stellung nehmen und auf Nachfragen antworten kann.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Da es keine weiteren Änderungs- oder Ergänzungswünsche gibt, bittet die Ausschussvorsitzende um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

zu 2 Informationen des Jugendamtes

Herr Schweers teilt mit, dass Frau Müller-Preinsberger aufgrund eines Paralleltermins nicht an der heutigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses teilnehmen kann.

Anschließend berichtet er über den Aktionstag „Kinder, Jugend und Familie“ am 18.05.2012 im Stern-Center, auf dem an insgesamt 42 Ständen über die Kinder- und Jugendarbeit in städtischer und freier Trägerschaft informiert wurde. Er spricht allen, die am Aktionstag mitgewirkt haben, seinen Dank aus. Es wird auch eine Auswertung geben und danach wird überlegt, ob dies wiederholt werden soll.

Des Weiteren verweist Herr Schweers auf die Sozialarbeitsprojekte an Schulen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets und sagt zu, die aktuelle Auflistung der bewilligten Projekte als Anlage zum Protokoll auszureichen. Abschließend spricht er den Hinweis von Frau Gerber in der letzten JHA-Sitzung bezüglich der Tariferhöhungen an und macht deutlich, dass auch die Tariferhöhungen eingerechnet werden.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass dann auch in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses Nachfragen zu den Sozialarbeitsprojekten an Schulen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets gestellt werden können.

Frau Dr. Müller informiert, dass Frau Stephanie Pigorsch am 02.05.2012 als stellvertretendes Mitglied in den JHA für den Stadtjugendring gewählt wurde. Sie tritt somit die Nachfolge für Herrn Traeger an.

Des Weiteren informiert Frau Dr. Müller über die Beschlüsse der StVV im Rahmen der Haushaltsberatung zu den Anträgen in fachlicher Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses.

Sie erinnert daran, dass es zur Kita-Finanzierungsrichtlinie drei Anträge gab. Der Antrag des Jugendhilfeausschusses lautete:

1. *eine Beibehaltung der bestehenden Richtlinie unter Einbeziehung der Finanzierung der Qualitätsparameter*
 - *Eingewöhnungspauschale in Höhe von 150,00 Euro pro Kind*
 - *Leitungspauschale von 10 % pro pädagogische Leitungsfreistellung*
 - *spezialfachliche Fortbildung des päd. Personals*
2. *die Einführung der zusätzlichen Finanzierung für die Versorgungsleistungen Frühstück und Vesper in Höhe von 75,00 EUR pro Kind und Jahr insgesamt gemäß Kitagesetz des Landes Brandenburg.*
3. *Für das Jahr 2013 ff. soll im Jahr 2012 eine völlig neue Richtlinie erarbeitet und verhandelt werden. Ziel dabei soll es sein, eine differenzierte Festbetragsfinanzierung je Leistung zu erlangen und somit Planungssicherheit für die Landeshauptstadt Potsdam wie für die Träger herzustellen.*

Die Fraktion DIE LINKE hat einen Änderungsantrag mit gleichlautenden Punkten eingereicht.

Die Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen, FDP haben folgenden Änderungsantrag gestellt:

„In die Kita-Finanzierungsrichtlinie – KitaFR der LHP für das Jahr 2012 bzw. in die beizubehaltende Kita-Finanzierungsrichtlinie 2011 wird über die Erstattung von Vesper und Frühstück hinaus der Qualitätsparameter Eingewöhnungspauschale in Höhe von 150,0 EUR pro Kind im Alter von 0 – 6 Jahren einbezogen.“

Über den Antrag des Jugendhilfeausschusses wurde in der StVV nicht abgestimmt. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde abgelehnt. Der Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen, FDP wurde beschlossen.

Des Weiteren informiert Frau Dr. Müller, dass auf Antrag der Rathauskooperation folgendes zur Förderung schulbezogener Projekte aus BuT-Mitteln für Schulsozialarbeit beschlossen wurde:

„Schulen, die Bedarf nach einem Schulsozialarbeiter angemeldet haben, sollen bei der Projektbewilligung der BuT-Gelder für schulbezogene Projekte besonders berücksichtigt werden.“

Ebenfalls von Rathauskooperation wurde der folgende haushaltsbegleitende Beschluss gefasst:

„An der Sportschule Potsdam soll Schulsozialarbeit geleistet werden, z.B. in Form von Projekten, die vom Landessportbund (LSB) durchgeführt und über Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes finanziert werden. Hier soll auf die sozialpädagogisch ausgewiesene Qualität des LSB zugegriffen werden.“

Abschließend teilt Frau Dr. Müller mit, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Weiterführung des GORBiKs -Projekts abgelehnt wurde.

Herr Liebe fragt ob dies bedeutet, dass ein Schulsozialarbeiter in der Sportschule angesiedelt werden soll.

Herr Schweers weist darauf hin, dass die BuT-Mittel bis Ende 2013 fast komplett verplant sind. Es liegt auch bisher kein Antrag des Landessportbundes vor.

Herr Liebe erinnert daran, dass der Jugendhilfeausschuss entschieden hat, dass das GOrBiKs-Projekt zu einem guten Ende gebracht werden soll. Er fragt, ob es eine Begründung gab, warum dem nicht zugestimmt wurde.

Frau Schulze weist darauf hin, dass es zu keinem abgelehnten Beschluss eine Begründung gab.

Herr Ströber fragt, ob die Sportschule einen Schulsozialarbeiter beantragt hat.

Herr Schweers bejaht dies. Er sieht aber keine Notwendigkeit zum Einsatz eines Schulsozialarbeiters, da es an der Sportschule sehr viel pädagogisches Personal gibt. Das Landesjugendamt hat ermöglicht, dass eine halbe Stelle im Sportinternat für einen Sozialarbeiter geschaffen wurde, die auch besetzt wird.

Herr Liebe fragt, ob eine neue Kita-Finanzierungsrichtlinie erarbeitet werden soll.

Frau Dr. Müller bejaht dies.

Frau Dr. Müller informiert über den Workshop „Jugend“ im Zusammenhang mit dem Systemwechsel in der Schulsozialarbeit. Dieser fand am 27.04.2012 von 9:00 Uhr bis 15:30 Uhr im Treffpunkt Freizeit statt. Teilgenommen haben u.a. Vertreter der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII, das § 13 e.V. und des Jugendamtes. Der Workshop war ergebnisoffen organisiert und wurde extern moderiert.

Es gab u.a. eine Verständigung darüber, was Jugendhilfe von Schulsozialarbeit erwartet und wer die Zielgruppe ist. Auch die Schnittstellenproblematik wurde beleuchtet.

Es wurde auch verabredet, in den Workshop „Schule“, der heute stattfindet, keine Inhalte weiterzugeben, sondern nur das methodische Vorgehen. Des Weiteren wurde vereinbart, dass kein Teilnehmer des Workshops „Jugend“ am heutigen Workshop „Schule“ teilnimmt.

Im September sollen die Ergebnisse beider Workshops beraten und miteinander in Verbindung gebracht werden.

Herr Ströber weist darauf hin, dass es vor dem nächsten Workshop noch sehr viel zu tun gibt, da es bisher kein definiertes Ziel gibt.

Frau Schulze regt an, dass sich der Unterausschuss nochmals dazu Gedanken machen sollte.

zu 3

Berichte der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

AG Hilfen zur Erziehung

Herr Ströber informiert, dass die AG Hilfen zur Erziehung am 15.05.2012 getagt hat. Die AG hat sich u.a. mit der Veranstaltung der Fachhochschule Potsdam zu Heimerziehung in der DDR befasst. Er verliest einen Brief der AG an die Fachhochschule.

Des Weiteren hat sich die AG über die Darstellung und Vorstellungweise der Statistik „ambulante Hilfen“ verständigt. Für die Darstellung der „flexiblen Hilfen“ wird noch einige Zeit benötigt. Aber auch das Hilfeplanverfahren wurde beraten.

Regionale AG 2

Herr Küken informiert, dass die AG an Sachthemen gearbeitet hat. Es wird u.a. ein einfacher Flyer für Kinder und Eltern gestaltet.

Aufgrund des zunehmenden Fachkräftemangels ist eine größere Konferenz mit Ausbildungsstellen für Erzieher im Herbst 2012 geplant.

Frau Dr. Müller fragt nach, ob das Vorhaben möglicherweise auch in andere Regionen zu transportieren ist.

Herr Küken weist darauf hin, dass auch der Flyer schon in anderen Regionen verteilt wurde. Die Ergebnisse der Konferenz sollen auch in andere Regionen transportiert werden, aber auch eine Teilnahme aus anderen Regionen ist möglich.

Regionale AG 1

Herr Liebe informiert, dass sich die AG mit den Vorbereitungen der Regionalkonferenz befasst hat. Es gab aber auch die Vorbereitung auf die Workshops „Jugendhilfe“ und „Schule“ im Zusammenhang mit der Umstellung des Systems Schulsozialarbeit. Es soll nicht der Bedarf der Schulen, sondern der Bedarf der Schüler betrachtet werden.

Die öffentliche Kommunikation der AIOS-Berichterstattung wurde beraten. Die AG erwartet eine öffentliche Richtigstellung von AIOS in der Presse.

Herr Schweers macht deutlich, dass es keine Pressemitteilung für eine Richtigstellung eines vorhergehenden Berichtes geben wird, da diese aus seiner Sicht eher das Gegenteil bewirken würde. Im Zusammenhang mit der Kita-Bedarfsplanung wird es ein Pressegespräch geben, in dem auch die Kita-Finanzierungsrichtlinie sowie die Finanzierungssituation angesprochen werden. Auch hier wird deutlich gemacht, dass es eine gute Zusammenarbeit mit den Trägern gibt.

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Liebe berichtet über die Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung vom 22.05.2012. Der Unterausschuss hat sich in Auswertung des Jugendhilfeausschusses mit der Vorstellung der Betriebskostenabrechnung freier Träger befasst. Auch der Workshop zur Schulsozialarbeit wurde thematisiert. In Vorbereitung auf den heutigen Jugendhilfeausschuss wurde auch die Hortsituation Grundschule „Gerhard Hauptmann“ besprochen.

zu 4

Auswertung des Kinder-Forums vom 17. Januar 2012 durch das Kinder- und Jugendbüro

Frau Neels (Kinder- und Jugendbüro) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Ergebnisse des Kinder-Forums 2012 vor. Sie informiert, dass in Vorbereitung des Kinder-Forums 6 Kinder-Stadtteilversammlungen durchgeführt wurden, auf denen erläutert wurde, wie das Rathaus funktioniert. Es wurden Fragen, Wünsche und Kritiken gesammelt, die im Vorfeld an die Verwaltung weitergeleitet wurden.

Auf dem Kinderforum wurden die gestellten Fragen von 8 Verwaltungsvertretern beantwortet.

Es sollte überlegt werden, wie die Wünsche der Kinder effektiver in die Entschei-

derung von Stadtverwaltung und -politik aufgenommen werden.

Frau Dr. Müller schlägt vor, dass sich der Jugendhilfeausschuss dazu Gedanken macht.

Frau Knoblich fragt, ob auch die Stadtverordneten einbezogen werden. Die Wünsche können auch mit Hilfe der Stadtverordneten umgesetzt werden. Diese sollten stärker einbezogen werden, um den Kindern zu vermitteln, wie Politik funktioniert.

Frau Neels erklärt, dass Kommunalpolitiker aus allen Fraktionen am Kinder-Forum teilgenommen haben.

Herr Wartenberg fragt, was im Nachgang der Veranstaltung mit den Fragen der Kinder geschieht. Gibt es Kinder, die schon an mehreren Foren teilgenommen haben? Gibt es Erfahrungen, wie mit den Wünschen und Fragen umgegangen wird? Inwieweit erfolgt die Umsetzung?

Frau Neels erklärt, dass es Kinder gibt, die schon an mehreren Foren teilgenommen haben. Es nehmen aber auch an jedem Kinder-Forum neue Kinder teil. Es gibt eine Fülle von Fragen. Ein großer Teil der Fragen wird beantwortet. Es gibt aber auch Dinge, die nicht umgesetzt wurden.

Herr Wartenberg bittet darum, dass die Stadtverordneten hier mehr einbezogen werden.

Herr Schweers macht deutlich, dass Patenschaften unterschrieben werden und sehr darauf geachtet wird, dass diese erfüllt werden. Die Verwaltung bemüht sich sehr, diese Dinge in die Fachplanungen einzubeziehen. Dies gelingt mehr oder weniger.

Herr Dr. Henrich informiert, dass sofort versucht wurde, die im Kinder-Forum 2012 geäußerten Wünsche der Kinder in das Bad-Verfahren einzubeziehen. Diese Wünsche spiegeln sich im Konzept für das neue Bad wieder.

Frau Trauth-Koschnick verweist auf die Erarbeitung des Teilhabeplans und fragt, ob auch Kinder mit Behinderungen am Kinder-Forum teilgenommen haben.

Frau Neels erklärt, dass es hier wenige Erfahrungen gibt.

Frau Kaltenberg (Kinder- und Jugendbüro) ergänzt, dass sie zu den Veranstaltungen in die Stadtgebiete gegangen sind. Hier wurde versucht, die gesamte Bandbreite abzudecken.

Herr Sima fragt, wie viele der Broschüren der Dokumentation zum Kinder-Forum Potsdam 2012 es gibt und wo diese verteilt werden.

Frau Neels erklärt, dass die Broschüren an die beteiligten Kindereinrichtungen gegeben werden.

Herr Sima regt an, diese mit einem entsprechenden Anschreiben an die Grundschulen zu geben.

Frau Drohla ergänzt, dass die Exemplare an die Schulen und die entsprechenden Fachlehrer gegeben werden sollten. Sie fragt ob geplant ist, ein derartiges Forum

für die anderen Altersgruppen zu initiieren.

Frau Neels erklärt, dass dies nicht geplant ist, da bei einer Jugendbeteiligung andere Formen gewählt werden.

Frau Dr. Müller regt an zu prüfen, ob den Kindern im Rahmen des Bürgerhaushaltes ein Platz eingeräumt werden kann.

zu 5 Auswertung der Ergebnisse der Jugendbefragung "Potsdam geht baden! Aber wo?" durch den Stadtjugendring

Frau Pigorsch (Stadtjugendring) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Ergebnisse der Jugendbefragung „Potsdam geht baden! Aber wo?“ vor. Die Befragung fand vom 06.04. bis 07.05.2012 an 40 Orten in der LHP statt. Es haben fast 1.500 Jugendliche im Alter von 12 bis 26 Jahren teilgenommen. Die Befragung erfolgte anhand von Fragebögen. Ein Schwerpunkt war das Thema Wählen ab 16. Ein großer Teil der Befragten (66 %) findet dies gut. Es gab aber auch einen Teil (22 %), der dabei auch Schwierigkeiten sieht.

Abschließend weist sie darauf hin, dass die Aktion finanzielle durch die LHP unterstützt wurde.

Frau Knoblich weist darauf hin, dass gemäß Tagesordnung die Ergebnisse der der Jugendbefragung „Potsdam geht baden! Aber wo?“ vorgestellt werden sollten.

Frau Dr. Müller antwortet, dass die Befragung zu „Wählen ab 16“ im Rahmen der Kampagne „Potsdam geht baden!“ erfolgt ist. Somit ist die Bezeichnung des Tagesordnungspunktes korrekt.

Frau Pigorsch teilt mit, dass sich 72 % der befragten Jugendlichen für ein Bad auf dem Brauhausberg entschieden haben. Die angesprochenen Fragen wurden ebenfalls im Zusammenhang mit der „Entenbefragung“ gestellt.

zu 6 Hortsituation Grundschule "Gerhard Hauptmann" / Kita "Baumschule"

Frau Bobsin (Elterninitiative) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Situation der Hortbetreuung vor Beginn der Baumaßnahme der Kita „Baumschule“ sowie die Situationen während und nach der Baumaßnahme dar und begründet dabei, warum sich die Elterninitiative gegen die Hortaufteilung ausspricht. Sie weist dabei u.a. darauf hin, dass nach dem Konzept der Kita-Leitung die Abholung von Geschwisterkindern in mehreren Standorten für die Familien mit einem hohen Zeitaufwand verbunden ist.

Anschließend stellt Frau Bobsin den Lösungsvorschlag der Elterninitiative vor und erläutert diesen.

Sie bittet den Jugendhilfeausschuss um Unterstützung, sich an die betreffenden Stellen zu wenden, da der Standort Stormstraße als Horteinrichtung für ungeeignet gehalten wird.

Herr Küken (Independent Living – Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen in Potsdam gGmbH) informiert, dass eine Arbeitsgruppe gebildet wurde, die sich mit dem Thema befasst. In der Arbeitsgruppe arbeitet Frau Goldbeck als stellv. Kita-Leiterin mit.

Er macht deutlich, dass von Seiten der Eltern Kommunikationsprobleme signal-

sirt wurden. Diese werden jetzt ausgeräumt.

Herr Küken erklärt, dass die Idee, die jüngsten Hortkinder am Standort Stormstraße unterzubringen, vor dem Hintergrund entstanden ist, dass die Kinder der 1. und 2. Klassen längere Zeit im Hort betreut werden und sich damit der Weg eher lohnen würde, als bei älteren Schülern, die längere Unterrichtszeiten haben. Des Weiteren weist er darauf hin, dass die Möglichkeit der Doppelnutzung der Schulräume nur bis zur Fertigstellung des Neubaus in der Geschwister-Scholl-Straße befristet ist.

Der Neubau in der Geschwister-Scholl-Straße war so geplant, dass dort ein Kita- und ein Hortbereich entstehen. Die Möglichkeit der Doppelnutzung der Schulräume wäre aus Trägersicht die schlechtere Lösung. Wenn dies aber gewollt ist, wird die Doppelnutzung der Schulräume beim Landesjugendamt beantragt. Er weist aber darauf hin, dass hier bis zur Entscheidung des Landesjugendamtes eine offene Situation besteht.

Herr Schweers erinnert daran, dass die Kita „Baumschule“ erheblich sanierungsbedürftig war. Aufgrund der Asbestbelastung musste das Gebäude abgerissen und neu gebaut werden. Der Träger hat sich dagegen entschieden, an dieser Stelle selbst zu bauen. Daher hat der Kommunale Immobilienservice (KIS) den Neubau realisiert.

Da das Grundstück in unmittelbarer Nähe des Parks Sanssouci liegt, konnte nicht in der eigentlich vorgesehenen Größe gebaut werden.

Er weist darauf hin, dass das Gebäude, wenn es ausschließlich als Hort genutzt wird, jeweils einen halben Tag lang leer stehen würde.

Anschließend erklärt Herr Schweers, dass die Ausweich-Kita in der Stormstraße zunächst als reine Umzugs-Kita gebaut wurde. In den nächsten Jahren wird die Stormstraße ca. zur Hälfte von anderen Kitas als Umzugs-Kita benötigt. Deshalb sollte Independent Living die andere Hälfte der Einrichtung zur Nutzung beibehalten, um das Haus voll auszulasten.

Er sagt zu, dass die Verwaltung das Schreiben an das Landesjugendamt bezüglich der Doppelnutzung von Schulräumen für einen Teil der Hortkinder unterstützen wird. Der andere Teil der Hortkinder sowie die Kita-Kinder sollen in der Kita „Baumschule“ untergebracht werden. Dadurch, dass die Gerhard-Hauptmann-Grundschule Inklusionsschule wird, werden sich innerhalb der nächsten 4 Jahre die Klassenstärken und somit die Zahl der Hortkinder verringern.

Herr Schweers wirbt dafür, jetzt einen Kompromiss zu finden. Er bittet, hierbei den gesamten Stadtteil zu betrachten und nicht nur den einen Standort. Er begrüßt die Einberufung der Arbeitsgemeinschaft mit allen Klassenvertretern.

Frau Knoblich plädiert für den Vorschlag von Herrn Schweers. Sie sieht sich nicht in der Lage, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Eltern und Träger auszuräumen.

Herr Sima fragt, ob es in der Gerhard-Hauptmann-Schule auch Räume gibt, die ausschließlich für die Hortbetreuung genutzt werden.

Herr Schweers antwortet darauf, dass es sich ausschließlich um Doppelnutzung handelt.

Herr Küken betont, dass es im Interesse des Trägers liegt, gemeinsam eine sinnvolle Lösung für die Kinder zu finden.

Frau Gerber weist darauf hin, dass noch die Kita „Wasserläufer“ in der Nasenstraße als Standort für den Hort benannt war.

Frau Bobsin erklärt, dass diese von Hortkindern genutzt wurden. Die Nutzung ist jetzt ausgelaufen.

Herr Liebe spricht sich dafür aus, ein Votum des Jugendhilfeausschusses darüber abzugeben, dass die weitere Doppelnutzung der Schulräume angestrebt wird. Damit würden kurze Wege gesichert. Er würde dies gerne unterstützen.

Frau Frehse-Sevran hält es für schwierig, dazu eine Position zu beziehen. Hier muss der Träger gemeinsam mit den Eltern in der Arbeitsgruppe eine Lösung finden.

Frau Dr. Müller stimmt dem zu, dass der Jugendhilfeausschuss keine Klärung herbeiführen, aber durchaus ein Votum abgeben kann.

Der Jugendhilfeausschuss kann lediglich die Verwaltung, den Träger und die Eltern in ihren Bemühungen unterstützen. Es muss auch erreicht werden, dass die Betriebserlaubnis für die Doppelnutzung der Schulräume nicht jedes Jahr verlängert werden muss, um eine Planungssicherheit zu haben.

Frau Bobsin weist darauf hin, dass auf dem Gelände der Schule ein sanierungsbedürftiges Häuschen steht, dass gern durch den Hort genutzt werden würde.

Herr Schweers sagt zu, den Träger bei der Beantragung der Betriebserlaubnis für die Doppelnutzung der Unterrichtsräume beim Landesjugendamt zu unterstützen und auf das positive Votum des Jugendhilfeausschusses zu verweisen.

Er teilt mit, dass auch Schulverwaltungsamt und KIS sich für die Doppelnutzung ausgesprochen haben. Der KIS prüft derzeit die Möglichkeit der Sanierung des Häuschens auf dem Schulgelände für eine Doppelnutzung durch Schule und Hort.

Frau Dr. Müller bittet zu signalisieren, ob der Jugendhilfeausschuss diesen Weg unterstützen würde.

Frau Schulze möchte dazu abschließend die Haltung des Trägers hören.

Herr Küken betont, dass der Träger dem Wunsch der Eltern folgt. Er informiert, dass es sich um 83 Kinder handelt, die dann noch im Schulgebäude betreut werden müssten. Eine Unterstützung des Jugendhilfeausschusses wäre sehr hilfreich. Es muss aber davon ausgegangen werden, dass das Landesjugendamt den Antrag auch ablehnen kann. Für diesen Fall muss eine Alternativvariante gefunden werden.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass dieser Part der Arbeitsgruppe überlassen werden sollte.

zu 7 **Schwerpunktplanung 2. Halbjahr 2012**

Frau Dr. Müller verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen ausgereichte Themenplanung für den Jugendhilfeausschuss im 2. Halbjahr 2012 und regt an, bei Bedarf weitere Themenvorschläge an Frau Spyra zu senden.

Frau Schulze weist darauf hin, dass Frau Müller-Preinesberger im Ausschuss für Gesundheit und Soziales signalisiert hat, dass der Haushalt 2013/14 erst im Januar 2013 vorliegen soll. In der Themenplanung ist die Haushaltsberatung für 2013 bereits im November vorgesehen.

Herr Schweers teilt mit, dass der Eckwertebeschluss 2013/14 dann vorgelegt werden soll.

zu 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 8.1 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013
Vorlage: 11/SVV/0907**

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
neue Fassung vom 23.04.2012

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 9.1 Aufsuchende Sozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam (Streetwork)
Vorlage: 12/SVV/0288**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Die Drucksache wird aufgrund von Nichtzuständigkeit nicht beraten.

zu 10 Sonstiges

Frau Trauth-Koschnick macht auf die Veranstaltung "Wings for handicapped" am 12. und 13. Juni 2012 jeweils von 10:00 bis 18:00 Uhr in der Marina am Tiefen See aufmerksam. Kinder mit und ohne Behinderung können kostenfrei mit dem Rennboot „Hoppetosse“ mitfahren.

Frau Dr. Müller schlägt vor, dass Frau Trauth-Koschnick die Einladung an Frau Spyra zur Weiterleitung an die JHA-Mitglieder schickt.

Herr Schweers bietet an, dies an alle Kitas zu verteilen.

Frau Trauth-Koschnick informiert, dass am 30.05.2012 die Integrationskonferenz stattgefunden hat. Sie fände es gut, wenn der Jugendhilfeausschuss auch die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund sowie von Menschen mit Behinderung im Blick behält.

Herr Harder weist darauf hin, dass am 01. und 02.06.2012 das Fest der Hochschulen im freiland stattfindet.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 16. August 2012; 16:30 Uhr

Nicht öffentlicher Teil

zu 11 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.04.2012

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über die nicht öffentliche Niederschrift vom 26.04.2012.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Sigrd Müller

Dr. Sigrd Müller
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra

Martina Spyra
Schriftführerin

Übersicht Arbeitsstand zusätzliche Sozialarbeit an Schulen im Rahmen Richtlinie Bildungs- und Teilhabepaket

PE / Az	Träger/Einrichtung	Projekt	Kurzbeschreibung	Ansprech-partner Träger/Telefon- nummer	Antrag vom/PE	beantragter/be- willigter Förderzeitraum		Förderung 2012 Bescheid vom/PA
						Beginn	Ende	
3534/BuT-1/12	Autonomes Frauenzentrum Potsdam e. V.	"Mädchenezukunft - selbstbestimmte Wege zwischen den Kulturen"; Mädchentreff Zimtziehen	Interkulturelle, geschlechterspezifische Arbeit an Potsdamer Schulen; Mädchen m. Migrationshintergrund werden in der Schule darin gestärkt, ihre Chancen tatsächl. wahrzunehmen u. teilzunehmen; Ermöglichung indiv. Förderung d. Mädchen in unterschiedl. Kulturen	Frau Gerber 0331/901313 post@frauenzentrum-potsdam.de	14.12.11 15.12.11	01.02.12	31.12.13	28.02.12
3534/BuT-2/12	Chill out e. V.	"Suchtprävention an Potsdamer Schulen"	Die Angebote zielen darauf, steuernd auf das Konsumverhalten der Schüler einzuwirken, um ihnen einen gesundheitsfördernden Umgang mit suchtrelevanten Stoffen und Verhaltensweisen zu vermitteln	Herr Schmolke 0331/28791258 r.schmolke@chillout-pdm.de	20.12.11 20.12.11	01.02.12	31.12.13	10.02.12
3534/BuT-3/12	Stiftung SPI/Lindenpark, jwd, clubmitte	"Lernbezogene Projekte"	Förderung des sozialen, kulturellen, kreativen und naturbezogenen Lernens aller junger Menschen; eine Lernkultur schaffen mit den Dimensionen des Wohlbefindens, der Autonomieerfahrung und Zeitsouveränität als eine wesentliche Bedingung, um ein inklusives Bildungs-konzept wirksam umsetzen zu können, Förderung außerschul. Bildung u. Kultur; Entwicklung eigener Lebensentwürfe,etc.	Herr von Essen 0331/747970	21.12.11 22.12.11	01.02.12	31.12.13	29.02.12
3534/BuT-4/12	KUBUS gGmbH für Treffpunkt Freizeit	Miteinander spielen - miteinander lernen - miteinander leben"	theaterpädagogisches Projekt für Potsdamer Schulen, Kinder und Jugendliche im Alter von 6 - 14 Jahren	Herr Rühling 0331/50586012 ruehling@treffpunktfreizeit.de	21.12.11 23.12.11	01.02.12	31.12.13	09.02.12
3534/BuT-5/12	Stadtjugendring Potsdam e. V.	plan B - Beteiligung macht Schule	Förderung von Schülerbeteiligung an Schulen; Modul 1: Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen von A-Z; Modul 2: Mitbestimmung erwünscht! - Macht ihr mit?; Modul 3: Schülerinnen start machen!; Modul 4: Lehrer-innen-Qualifikation zu Beteiligungsformen und -möglichkeiten an Schule	Frau Pigorsch Tel. 0331/5813213 stephanie.pigorsch@madstop.de	23.12.11 27.12.11	01.02.12	31.12.13	08.02.12
3534/BuT-6/12	Paragraph 13 e. V.	"Klassenrat"	Schüler erlernen Fähigkeiten wie Partizipation, selbstorganisiertes Lernverhalten, Verantwortungsübernahme, Demokratieverständnis, Konfliktfähigkeit etc. zur Verbesserung des Klimas in der Klasse.	Fr. Kühn/ Hr.Dumke 0331/5813233 projektleitung@paragraph13ev.de	23.12.11 27.12.11	01.05.12	31.12.13	25.05.12
3534/BuT-8/12	Medienwerkstatt Potsdam im fjs e. V.	"Medienkompetenzentwicklung für Potsdamer Schüler/innen"	Qualität der Medienbildung und Medienkompetenz an Schulen verbessern.	Frau Parthum 0331/810140 parthum@medienwerkstatt-potsdam.de	02.01.12	01.02.12	31.12.13	14.02.12
3534/BuT-9/12	STIBB e. V.	"Gewaltfreies Leben lernen"	Gewaltprävention für Schüler der Potsdamer Schulen; frühzeitige Unterstützung der Kinder u. Jugendlichen beim Erwerb v. sozialen u. emotionalen Kompetenzen; Umsteuerung v. Fehlentwicklungen; frühzeitige Entwicklung v. selbstschützendem Verhalten	Fr. Dunand/ Fr. Kernich 033203/22674 info.stibb@t-online.de	13.01.12	01.03.12	31.12.13	28.02.12
3534/BuT-12/12	Diakonie Werk Potsdam e. V.	"Schuldenprävention"	Jugendliche erlernen notwendige Kompetenzen und Bewältigungsstrategien, um dem Gruppen- und Konsumdruck gewachsen zu sein.	Herr Kankarowitsch 0331/2807386	25.01.12	01.05.12	30.06.13	20.03.12
3534/BuT-13/12	Diakonie Werk Potsdam e. V.	"Konflikte selber lösen" - Das Konfliktlotsenmodell für Schulen	Schulung von Jugendlichen zu Mediatoren	Herr Kankarowitsch 0331/2807386	25.01.12	01.08.12	01.02.14	20.03.12
3534/BuT-14/12	Urania Schulhaus GmbH	"start up"	Übergangs- und Ausbildungscoaching für lernbenachteiligte Jugendliche der Schule am Nuthetal	Herr Kotzur 0331/8885818	27.01.12	01.07.12	30.06.13	24.05.12
3534/BuT-20/12	KUBUS gGmbH für Club Alpha	"Gesellschaftsspiel - Jetzt bist Du dran!"	Orientierung am gleichnamigen Projekt des Vereins "Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland", Demokratie erleben und begreifen, fördern von demokratischen Handlungskompetenzen durch präventive Arbeit	Herr Heise 0331/817190	06.02.12 08.02.12	01.04.12	31.12.12	19.03.12
3534/BuT-21/12	KUBUS gGmbH	Theaterprojekt	Aktuelle Themen sollen theaterpädagogisch bearbeitet werden.	Herr Heise 0331/817190	29.02.12 01.03.12	01.04.12	31.12.13	19.03.12
3534/BUT-23/12	KUBUS gGmbH	Stadt der Kinder	Jährliches Projekt überwiegend für sozialschwache Kinder in den Sommerferien	Herr Heise 0331/817190	02.03.12	01.06.12	31.07.12	23.05.12
3534/BuT-24/12	Breitband e.V.	Gesellschaftsspiel - Jetzt bist dz dran!	Orientierung am gleichnamigen Projekt des Vereins "Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland", Demokratie erleben und begreifen, fördern von demokratischen Handlungskompetenzen durch präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus	Herr Knappe 0331/870206	21.05.12	01.07.12	30.06.13	21.05.12

Anmerkungen:

Enthalten sind in der Übersicht bewilligte wie derzeit noch in Prüfung befindliche Anträge. Abgelehnte Projekte sind nicht aufgeführt.

Alle Projekte sind trotz Beantragung in das Jahr 2013 hinein bzw. bis Ende 2013 im ersten Schritt bis Ende 2012 bewilligt. Die Prüfung des Zwischenberichtes zu Ende Okt. 2012 entscheidet über die Fortführung der Projekt in 2013. Arbeitsstand: 07.06.2012



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

An die Mitglieder

Jugendhilfeausschuss

und nachrichtlich an weitere Teilnehmer
an der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung /
des Ausschusses

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der unten näher bezeichneten Sitzung lade ich freundlichst ein.

Lfd. Nr. / Bezeichnung der Sitzung		
38. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses		
Datum	Uhrzeit	Sitzungsort
16.08.2012	16:30 Uhr	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende/r



Landeshauptstadt
Potsdam

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

11/SVV/0907

Betreff:

öffentlich

Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Service

Erstellungsdatum 17.11.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Jugendhilfeausschuss Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
20.12.2011	Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung		
20.12.2011	Ausschuss für Kultur		
21.12.2011	Hauptausschuss		
10.01.2012	Ausschuss für Eingaben und Beschwerden		
11.01.2012	Ausschuss für Finanzen		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Grundlagen für die detaillierte Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sind:

- die Planwerte der mittelfristigen Ergebnisplanung, die mit dem Haushaltsplan 2012 für das Haushaltsjahr 2013 vorgegeben werden
- der Bericht zu den finanziellen Rahmenbedingung für den Haushaltsjahr 2013 (Anlage 1)
- die beigefügten Budgetvorgaben für die Geschäftsbereiche (Anlage 2)
- die von den Geschäftsbereichen definierten Handlungsschwerpunkte für das Jahr 2013 (Anlage 3)
- die Maßgaben zu den Konsolidierungspotentialen (Anlage 4).

Der in der mittelfristigen Ergebnisplanung für das Haushaltsjahr 2013 ausgewiesene **Fehlbedarf** in Höhe von insgesamt **11,3 Mio. Euro** soll nicht überschritten werden.

2. Die mit dem Haushaltsplan 2012 zugleich für das Haushaltsjahr 2013 bis 2015 vorgelegten Planwerte der mittelfristigen Investitionsplanung sind Grundlage für die Investitionsplanung 2013. Zur Absicherung der Finanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde in der mittelfristigen Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2013 eine **Kreditaufnahme** in Höhe von **1,7 Mio. Euro** veranschlagt. Dieser Betrag soll im Rahmen der Erstellung des Finanzplanentwurfes für 2013 nicht überschritten werden.

Fortsetzung Beschlusstext Seite 3

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Bei Einhaltung der vorgeschlagenen Eckwerte für das Haushaltsjahr 2013 beträgt der Jahresfehlbetrag im Ergebnishaushalt 2013 höchstens – **11,3 Mio. Euro**. Dieser Wert entspricht der im Rahmen der Haushaltsplanung für 2012 erfolgten mittelfristigen Ergebnisplanung für 2013.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister
Geschäftsbereich 1
Geschäftsbereich 2
Geschäftsbereich 3
Geschäftsbereich 4

Fortsetzung Beschlusstext:

3. Zur notwendigen Absicherung pflichtiger Leistungen können Umschichtungen zwischen den Budgets vorgenommen werden.
4. Etwaige Veränderungen bei **nichtzahlungswirksamen** Erträgen und Aufwendungen gegenüber dem Planungsstand dieses Eckwertebeschlusses ermächtigen nicht zur Planung zusätzlicher zahlungswirksamer Erträge und Aufwendungen.
5. Die Landeshauptstadt Potsdam verfügt in weiten Bereichen über eine moderne Infrastruktur sowie breite und qualitativ hochwertige Einrichtungen in den Bereichen Soziales, Sport, Kultur und Bildung. Dieses Angebot rechtfertigt eine sozialverträgliche und angemessene finanzielle Beteiligung der Bürger und Kunden der Landeshauptstadt Potsdam, so dass Maßnahmen zur Erreichung höherer Kostendeckungsgrade (Anpassung von Entgelten, Gebühren und Hebesätzen) zu ergreifen sind.
6. Entwicklung und Umsetzung der Maßnahmen zur Haushaltssicherung sind im Rahmen der Haushaltsplanung zu intensivieren. Folgende Zielsetzungen werden im Sinne eines investitionsorientierten Haushalts verfolgt:
 - a. Einhaltung der beschlossenen Eckwerte für das Haushaltsjahr 2013 bei der Haushaltsplanaufstellung und dem Haushaltsbeschluss für 2013.
 - c. Senkung der in der Ergebnis- und Finanzplanung des Haushalts 2012 für 2014 ff. ausgewiesenen Fehlbedarfe im Rahmen der Haushaltsaufstellung für das Haushaltsjahr 2013. Ziel der Ergebnis- und Finanzplanung des Haushalts 2013 ist:
 - die Halbierung des in 2012 für 2014 geplanten Fehlbedarfs,
 - die Erreichung des Haushaltsausgleichs in 2015,
 - die Erwirtschaftung eines Überschusses ab 2016.
7. Zur Erreichung der in Ziffer 6 definierten Finanzziele sind neue, strukturell wirkende Haushaltssicherungsmaßnahmen mit einem jährlichen Gesamtkonsolidierungsbetrag von mindestens 7 Mio. Euro zu konkretisieren und der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der Einbringung des Haushaltsentwurfes 2013 mit vorzulegen.

Folgende Konsolidierungspotentiale sollen dazu entwickelt und realisiert werden:

- e. Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B in einem sozialverträglichen und angemessenen Rahmen (zusätzliches Konsolidierungspotenzial jährlich bis 2 Mio. Euro ab 2013).
- f. Optimierung der Finanzströme zwischen der Landeshauptstadt und ihren Beteiligungen, Realisierung erhöhter Ausschüttungen. Darin eingeschlossen: Überprüfung der Notwendigkeit der Ko-Finanzierung des ÖPNV durch die Landeshauptstadt (Finanzierungsvertrag mit der SWP) und Erschließung weiterer Potenziale in einer Größenordnung von mindestens 1 Mio. Euro bis 1,5 Mio. Euro jährlich im Mittelfristzeitraum bis 2016.
- g. Verringerung der Zuschussbedarfe der Geschäftsbereiche durch Aufgabenkritik im Bereich der freiwilligen Leistungen, durch Prozessoptimierung und durch Erhöhung der Kostendeckungsgrade (Anpassung der Ertrags- und Aufwandstrukturen) in den Einrichtungen der Kernverwaltung und bei den zuschussabhängigen Beteiligungen der Landeshauptstadt Potsdam (zusätzliches Konsolidierungspotenzial jährlich von mindestens 4 Mio. Euro bei mittelfristiger Umsetzung).
- h. Einstellung der Begrüßungsgeldzahlungen an Studierende (Einsparung in Höhe von ca. 270 Tsd. Euro jährlich ab 2013).

Grundlage für diesen Konsolidierungsprozess sind die in Anlage 4 enthaltenen Maßgaben.

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
					0	keine

Begründung:

Der Eckwertebeschluss ist ein wichtiges Element der Budgetierung und verankert die Grundzüge der dezentralen Ressourcenverantwortung. Im Eckwertebeschluss definiert die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag der Verwaltung den Rahmen für die Gestaltung der Produktbereichs- oder Geschäftsbereichsbudgets. Dieser Rahmen bildet schließlich die Grundlage für die detaillierte Haushaltsplanung,

Die Bemessung der Budgets ist wiederum abhängig von den jeweiligen strategischen Schwerpunkten, auf welche sich die politische Ebene und die Verwaltungsführung vorab und unter Berücksichtigung der gesamtstädtischen Ziele verständigen sollten. Eine Verbindung der strategischen Ziele und der zugehörigen Budgets liegt nahe und lässt sich schlüssig im kommunalen Haushaltsplan abbilden.

Der Festlegung der Budgets geht eine möglichst realistische Betrachtung der finanziellen Rahmenbedingungen für das jeweilige Haushaltsjahr voraus. Durch diese Betrachtung wird letztendlich deutlich, welche Finanzmasse überhaupt zur Verteilung auf die Budgets zur Verfügung steht (siehe Anlage 1).

Die vorgeschlagenen Eckwerte für das Jahr 2013 bilden die Grundlage bzw. den Ausgangspunkt der Haushaltsplanung des Folgejahres und gewährleisten eine konsistente und transparente Verbindung zwischen Jahres- und Mittelfristplanung.

Die Eckwerte basieren auf den aktuell vorliegenden Erkenntnissen und Einschätzungen der Geschäfts- und Fachbereiche zu den zu erwartenden Entwicklungen in den entsprechenden Aufgabenfeldern.

Die Budgetierung erfolgt in der Landeshauptstadt Potsdam über sogenannte Zuschussbudgets (aus der Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge eines Verantwortungsbereiches), in deren Rahmen der Zuschussbedarf der einzelnen Geschäftsbereiche (siehe Anlage 2) in der mittelfristigen Ergebnisplanung für das Jahr 2013 ermittelt wird.

Kommunen in der Haushaltssicherungspflicht können ganz bewusst über die Budgetgestaltung die Wiedererlangung des Haushaltsausgleiches steuern, was durchaus auch in einem mittelfristigen Zeitraum darstellbar ist. In diesem Fall bietet es sich an, im Eckwertebeschluss einen Zielfehlbedarf für das jeweilige Haushaltsjahr festzusetzen. Dieser darf weder durch die Budgetverteilung noch durch die detaillierte Haushaltsplanung überschritten werden und dokumentiert gleichzeitig den ernsthaften Konsolidierungswillen nach innen und nach außen.

Das Ministerium des Innern hat mit Bescheid vom 08.09.2010 gemäß § 63 Abs. 5 BbgKVerf das Haushaltssicherungskonzept 2010 – 2013 genehmigt. Der in diesem Bescheid erteilten Auflage für das Haushaltssicherungskonzept, den Haushaltsausgleich bereits im Jahr 2016 wieder herzustellen, ist die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss vom 01.09.2010 beigetreten.

Die aktuellen Entwicklungen zeigen jedoch, dass diese Entscheidung nicht mehr ausreichend ist.

Durch das Auslaufen des Solidarpaktes II bis zum Jahr 2019 ergeben sich für die Landeshauptstadt Potsdam mit großer Wahrscheinlichkeit erhebliche Einbußen bei den investiven Schlüsselzuweisungen. Ohne einen Ausgleich führen die daraus resultierenden Mindereinzahlungen im investiven Bereich des Finanzhaushaltes zu einer deutlichen Einschränkung in der Investitionstätigkeit. Dies ist mit den Anforderungen an eine wachsende Stadt nicht vereinbar.

Dieser Entwicklung kann mit einer nachhaltigen Stärkung des Ergebnishaushaltes entgegengewirkt werden. Dazu müssen der strukturelle Ausgleich der Ergebnisplanung eher erreicht und die Weichen für die Erwirtschaftung von Überschüssen frühzeitig gestellt werden.

Maßnahmen zur Sicherung und Stabilisierung des Haushaltsausgleiches sind in den seltensten Fällen sofort oder innerhalb einiger Monate umsetzbar. Eine Verknüpfung mit den Eckwerten für das Haushaltsjahr 2013 sorgt für eine realistische Vorlaufphase in Hinblick auf einen mittelfristigen Umsetzungszeitraum.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0287

Betreff:

öffentlich

Hilfen zur Erziehung in der Landeshauptstadt Potsdam - Entwicklung der stationären Fallzahlen 2006-2011

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 16.04.2012

Eingang 902: 16.04.2012

Einreicher: FB Kinder, Jugend und Familie

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
26.04.2012	Jugendhilfeausschuss

Inhalt der Mitteilung:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt zur Kenntnis:

Den Bericht „Hilfen zur Erziehung in der Landeshauptstadt Potsdam – Entwicklung der stationären Fallzahlen 2006 – 2011“

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung



Landeshauptstadt
Potsdam

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0410

Betreff:

öffentlich

Maßnahmen des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für das Kita-Jahr 2012/2013

Einreicher: FB Kinder, Jugend und Familie

Erstellungsdatum 23.05.2012

Eingang 902: 23.05.2012

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.06.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Maßnahmen des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für das Kita- Jahr 2012/2013 sowie Ausblick auf Folgejahre:

1. Bereitstellung von insgesamt 14.593 Plätzen (Jahresdurchschnitt) in Potsdam gemäß §§ 1,12 Kita- Gesetz bei 48 freien Trägern für das Kita- Jahr 2012/13. Enthalten sind 65 Plätze außerhalb der Bedarfsplanung. Die Verteilung der Plätze erfolgt gemäß der Anlagen 1 bis 6 auf 114 Kindertagesstätten, 7 Andere Kinderbetreuungsangebote (AKi) , 4 pädagogisch begleitete Spielgruppen, einer Eltern-Kind-Gruppe sowie Tagespflege. Die in den Anlagen ausgewiesene Belegungsplanung entspricht den gegenwärtig vorhandenen Kapazitäten laut Betriebserlaubnis. Kita-Einrichtungen, Tagespflege und andere Betreuungsformen werden z.T. innerhalb des Kita- Jahres ausgebaut.

2. Belegung von 364 Plätzen in anderen Gemeinden und Berlin durch Potsdamer Kinder.

3. Finanzierung der Neuaufnahmen von Kindern aus anderen Gemeinden im Planungszeitraum nur dann, wenn eine entsprechende Zustimmung des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam eingeholt wurde und der Kostenausgleich mit der abgebenden Gemeinde gem. § 16 Abs. 5 KitaG sichergestellt werden kann.

4. Ausbau vorhandener Einrichtungen sowie Errichtung neuer Platzkapazitäten zur bedarfsgerechten Versorgung mit Kindertagesbetreuungsplätzen (§ 12 KitaG) gemäß demografischer Entwicklung und neuer Rechtslage ab 2013 (§ 24 SGB VIII) in Zusammenarbeit mit freien Trägern.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt	<input type="checkbox"/> abgelehnt			
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Finanzielle Auswirkungen:

Die Landeshauptstadt Potsdam gewährt als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe den freien Trägern für Angebote der Kindertagesbetreuung auf Antrag Zuschüsse gem. § 16 Absatz 2 und 3 Kita-Gesetz. Anwendung findet die geltende Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam.

Der Platzbedarf für Kindertagesbetreuung in der Landeshauptstadt Potsdam steigt gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 6 % an. Der hier ausgewiesene Zuschussbedarf wurde im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung 2012-2015 berücksichtigt. Der konkrete Zuschussbedarf wird im Zuge der HH-Aufstellung ermittelt.

Der Zuschussbedarf für die Betreuung von Kindern in Tagespflege und in Kindertagesbetreuungseinrichtungen ist im Haushaltsplanentwurf der Landeshauptstadt Potsdam in den Produkten 36100 und 36501/36502 abgebildet.

Bezeichnung	Ansatz 2011 in €	Ansatz 2012 in €	Finanzplan 2013 in €	Finanzplan 2014 in €	Finanzplan 2015 in €
Ertrag 36100 - Tagespflege	857.500,00	802.600,00	813.100,00	834.300,00	854.300,00
Ertrag 36501/36502 - Kindertagesstätten	16.636.200,00	17.561.200,00	17.983.300,00	18.342.500,00	18.517.900,00
Summe Ertrag	17.493.700,00	18.363.800,00	18.796.400,00	19.176.800,00	19.372.200,00
Aufwand 36100 - Tagespflege	2.210.900,00	2.399.500,00	2.477.000,00	2.553.200,00	2.553.400,00
Aufwand 36501/36502 - Kindertagesstätten	61.710.600,00	66.040.100,00	67.917.400,00	69.276.900,00	70.069.900,00
Summe Aufwand	63.921.500,00	68.439.600,00	70.394.400,00	71.830.100,00	72.623.300,00
Zuschussbedarf	46.427.800,00	50.075.800,00	51.598.000,00	52.653.300,00	53.251.100,00

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
2	1	2	3	0	170	sehr große

Begründung:

Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat die Aufgabe, die Kindertagesbetreuung nach den §§ 1, 12 Kita- Gesetz des Landes Brandenburg zu gewährleisten. Der Leistungsverpflichtete hat in Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe einen Bedarfsplan aufzustellen und fortzuschreiben.

Der Umfang des Platzangebotes entspricht dem voraussichtlich durchschnittlichen Bedarf innerhalb des Kita- Jahres 2012/2013. Die Nachfrage und der sich daraus ergebende Bedarf an Plätzen schwankt innerhalb des Kita- Jahres und wird möglicherweise zu zeitweiligen Engpässen führen. Mit Aus- und Neubau sollen diese in den nächsten Jahren abgebaut werden.

Grundlagen für die Planung der Struktur des Platzangebotes für den Zeitraum September 2012 bis zum August 2013 sind:

- Sozialgesetzbuch (SGB). Achstes Buch (VIII). Kinder- und Jugendhilfe. Achstes Buch Sozialgesetzbuch (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Juni 1990, BGBl. I S. 1163), in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3134), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 6. Juli 2009 (BGBl. I S. 1696)
- Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld – und Elternzeitgesetz – BEEG vom 01.01.2007)
- Zweites Gesetz zur Ausführung des Achten Buches des Sozialgesetzbuches - Kinder- und Jugendhilfe – Kindertagesstättengesetz (KitaG), Artikel 1 des Gesetzes vom 10. Juni 1992 (GVBl. I. S. 178), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 2007 (GVBl. I. S. 110)
- Leitlinien der Jugendhilfe in der Landeshauptstadt Potsdam (DS 03/SVV/0517)
- Rahmenkonzept zur sozialraumorientierten Jugendhilfeplanung und -steuerung der Landeshauptstadt Potsdam (DS 05/SVV/0435)
- Jugendhilfeplan der Landeshauptstadt Potsdam (DS 09/SVV/0530)
- aktualisierte Vorausberechnung der Bevölkerungsentwicklung (Prognosezahlen vom 26. März 2012, Bereich Statistik und Wahlen)
- Registerdatei Einwohnerwesen und Meldeangelegenheiten vom 01.03.2012
- die Anzahl der belegten Plätze am 01.03.2012
- einrichtungskonkrete Sachstandsmitteilungen
- integrierte Schulentwicklungs-/ Hortplanung, Stand 18. Oktober 2011

Die im März 2012 vorausberechnete Bevölkerungsentwicklung in den Altersgruppen von 0 Jahren bis zum Ende des Grundschulalters zwingt die Verwaltung auf Grund der kontinuierlichen Erhöhung der Anzahl der in Potsdam lebenden Kinder zum Ausbau von Kindertagesbetreuungsangeboten. Der Zuzug von Familien mit Kindern im Kita- Betreuungsalter war in den vergangenen Jahren höher als in den Vorjahren prognostiziert.

Ein Anstieg der Erwerbstätigkeit beider Eltern ist zu verzeichnen. Ausgehend davon ist ein weiterer Platzausbau erforderlich, da dadurch die Nachfrage (mit vorhandenem Rechtsanspruch) auf Kindertagesbetreuung vor allem im Krippenalter gestiegen ist. Die Neuregelung des zum 01.08.2013 in Kraft tretenden § 24 SGB VIII durch das „Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz KiföG)“, wonach dann jedes Kind ab dem 1. Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Kita- Platz unabhängig von sonstigen Voraussetzungen wie z.B. der Erwerbstätigkeit der Eltern haben wird, erfordert ohnehin einen weiteren Ausbau des Angebotes an Kindertagesbetreuung.

Der Schulentwicklungsplan und die fortlaufende Aktualisierung der Schülerzahlen dient dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie als Orientierung bei der Planung der erforderlichen Hortplätze. Auf das veränderte Anwahlverhalten und die sich vollziehende Entwicklung bei Kindern im Grundschulalter muss in jeder Einrichtung bezogen auf die erforderlichen Rahmenbedingungen (Raum- und Gebäudekapazitäten) schnell und flexibel reagiert werden. Hier erfüllen die Geschäftsbereiche 2 und 3 gemeinsam die Pflicht, rechtzeitig die Konsequenzen aus vorliegender Bevölkerungsprognose sowie den allgemeinen und spezifischen Entwicklungstendenzen zu ziehen. Konkrete schul- und klassenspezifische Hortplanzahlen sind in der integrierten Schulentwicklungs-/ Hortplanung dargestellt. Auch die steigende Schülerzahl an den Grundschulen in freier Trägerschaft erfordert die adäquate Bereitstellung von schulornahen Hortplätzen. In diesen Schulen werden auch verstärkt Kinder aufgenommen, die nicht in Potsdam wohnen. Damit begründet sich u.a. die Belegungszahl von Kindern aus anderen Gemeinden in der Landeshauptstadt Potsdam.

Ausgangszahlen für den Planungszeitraum Kita Jahr 2012/2013

Altersgruppe (Jahr)	Gesamtzahl der in Potsdam lebenden Kinder
	Plan 2013
Kinderkrippe	5.005
Kindergarten	5.537
Hort (Schuljahr 1 – 6)	8.716
Insgesamt	19.258

I. Platzbedarf in der Landeshauptstadt Potsdam für Kinder in folgenden Altersgruppen;

Die folgenden Platzbedarfszahlen für Potsdamer Kinder errechnen sich aus der städtischen Bevölkerungsprognose und aktuellen Versorgungsquoten, die auf Grundlage der Belegung am 01.03.2012 ermittelt wurden. Für Kinder aus anderen Gemeinden, die in Potsdam einen Platz belegen (z.B. in Betriebs-Kitas) ist die Belegung am 01.03.2012 Planungsgrundlage, für die unversorgten Kinder die Warteliste des Kita-TiPP.

0 – 3 Jahre:

5.005 in Potsdam lebende Kinder x 58 %	=	2.903 Plätze
<u>zuzüglich</u> für unversorgte Kinder	=	45 Plätze
Bedarf für Potsdamer Kinder:	=	2.948 Plätze für Potsdamer Kinder
<u>zuzüglich</u> für Kinder aus anderen Gemeinden:	=	55 Plätze
Gesamtbedarf:	=	<u>3.003 Plätze</u>

3 Jahre bis Schuleintritt:

5.537 in Potsdam lebende Kinder x 96,21 %	=	5.327 Plätze
<u>zuzüglich</u> für unversorgte Kinder	=	4 Plätze
Bedarf für Potsdamer Kinder:	=	5.331 Plätze für Potsdamer Kinder
<u>zuzüglich</u> für Kinder aus anderen Gemeinden:	=	205 Plätze
Gesamtbedarf:	=	<u>5.536 Plätze</u>

Hortalter

8.716 in Potsdam lebende Kinder x 63,72 %	=	5.554 Plätze für Potsdamer Kinder
<u>zuzüglich</u> für Kinder aus anderen Gemeinden:	=	500 Plätze
Gesamtbedarf:	=	<u>6.054 Plätze</u>

Gesamt für Potsdamer Kinder in Potsdam: = **13.833 Plätze**

Gesamt: (inkl. Kinder aus anderen Gemeinden): = **14.593 Plätze**

II. Platzbedarf außerhalb Potsdams für Kinder der Landeshauptstadt Potsdam

Hinzu kommen **364 Plätze** für Potsdamer Kinder, die in anderen Gemeinden bzw. Städten einen Kita-Platz (inkl. Tagespflege) belegen. Bei der Ermittlung der Versorgungsquote blieben diese Plätze unberücksichtigt.

III. Gesamtplanung: **13.833 Plätze** für Betreuung Potsdamer Kinder in Potsdam
 760 Plätze für Betreuung auswärtiger Kinder in Potsdam
 364 Plätze für auswärtige Betreuung Potsdamer Kinder
14.957 Plätze

Verteilung des Platzbedarfs in Potsdam auf Betreuungsformen im Überblick

2012/13	0 – 3 Jahre	3 Jahre - Schuleintritt	Hortalter
Plätze in Kindertagesstätten	2.663	5.536	5.838
Tagespflegeplätze	270	-	-
Spielgruppenplätze/ Eltern-Kind-Gruppen	70	-	-
Aki-Plätze (Andere Kinderbetreuung)	-	-	216
<u>Gesamt:</u>	<u>3.003</u>	<u>5.536</u>	<u>6.054</u>

Vergleich Jahresdurchschnitts - Planung 2011/2012 mit - Planung 2012/2013

Altersgruppe	Kinderzahlen laut Statistik			Belegungsquoten lt. Plan		
	2012	2013	Differenz	2011/12	2012/13	Differenz
0 – 3 Jahre	5.100	5.005	- 95	56,00 %	58,00 %	+ 2,00 %
3 Jahre bis Schuleintritt	5.240	5.537	+ 297	95,35 %	96,21 %	+ 0,86 %
1.- 6. Schuljahr (Hort)	8.310	8.716	+ 406	62,63 %	63,72 %	+ 1,09 %
gesamt	18.650	19.258	+ 608			

Altersgruppe	Platzbedarf 2011/12		Platzbedarf 2012/13		Differenz	
	ohne und mit Kindern aus Fremdgemeinden					
0 – 3 Jahre	2.928	2.970	2.948	3.003	+ 20	+ 33
3 Jahre bis Schuleintritt	5.004	5.172	5.331	5.536	+ 327	+ 364
1.- 6. Schuljahr (Hort)	5.205	5.647	5.554	6.054	+ 349	+ 407
Gesamt:	13.137	13.789	13.833	14.593		+ 804
<i>Kinder in anderen Gemeinden</i>		+ 300		+ 364		+ 64
Plätze gesamt:		14.089		14.957		+ 868
davon: betreute Kinder außerhalb Bedarfsplan		105		65		- 40

Die Maßnahmen zur Umsetzung des erhöhten Platzbedarfs in allen Altersgruppen sind den Anlagen zu entnehmen. Sie enthalten die Summen geplanter Plätze pro Einrichtung. Die Kapazitäten umfassen die Höchstaufnahmemöglichkeiten, die in der Betriebserlaubnis des Landesjugendamtes festgelegt wurden. Die Gegenüberstellung der unbefristeten Kapazitäten

(siehe Anlagen) zum Bedarf 2012/2013 verdeutlichen, dass ein Platzausbau weiterhin erforderlich ist.

Die tatsächliche Belegung wird von der Planung abweichen, da die Anwahl innerhalb der Betreuungsformen und der Sozialräume nicht exakt vorhersehbar ist, innerhalb des Kita-Jahres schwankt und der freien Platzwahl Rechnung getragen werden muss. Aus diesem Grunde und zur Erfüllung des § 80 (1) 3. SGB VIII, der zur ausreichenden Planung unvorhergesehener Bedarfe verpflichtet, soll die Verfügbarkeit von Plätzen bei den Trägern über dem ermittelten oben ausgewiesenen durchschnittlichen Platzbedarf liegen. Aus diesem Grunde ist der ausgewiesene Platzausbau zu forcieren.

Finanziert werden nicht die vorgehaltenen, sondern nur die belegten Plätze.